

PROTOKOLL

über die 29. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 18. Jänner 2001, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Ing. David Forstenlechner (neu angelobt)

STADTRÄTE: Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi (neu angelobt), Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:-

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf sie herzlich begrüßen und die Sitzung des heutigen Gemeinderates für eröffnet erklären. Ich stelle fest, dass sie ordnungsgemäß einberufen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Ich darf die Damen und Herren, die heute gekommen sind um der heutigen Sitzung beizuwohnen, herzlich begrüßen, ebenfalls einen herzlichen Willkommensgruß an die Medienvertreter. Ich gebe bekannt, dass als Protokollprüfer Herr GR Walter Oppl und Frau GR Beatrix Toman vorgeschlagen sind und gehe davon aus, dass die Funktion angenommen wird. Danke sehr, das wird dem Protokoll beigefügt.

Zu Punkt 2) Angelobung zweier neuer Gemeinderatsmitglieder, darf ich mitteilen, dass Herr Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter schriftlich mitgeteilt hat, dass er mit 17. 1. 2001 auf die Ausübung seines Vizebürgermeister- bzw. Gemeinderatsmandates verzichtet.

Aufgrund dieser Mandatszurücklegung wird es heute zur Angelobung eines neuen Gemeinderatsmitgliedes der SPÖ-Fraktion kommen. Bevor ich jedoch dazu übergehe, möchte ich noch einmal kurz den politischen Werdegang unseres ausscheidenden Kollegen, des Herrn Vizebürgermeisters Leopold Tatzreiter in Erinnerung bringen.

Tatzreiter, aus der niederösterreichischen Gemeinde Ertl gebürtig, hat am 20. Mai des Vorjahres seinen 60. Geburtstag gefeiert. Der gelernte Werkzeugschmied trat am 27.12.1960 seinen Dienst im damaligen Wälzlagerwerk an (heute SKF), bis 1982 arbeitete er in der Schmiede der damaligen Steyr Daimler Puch AG. 1971 wurde Leopold Tatzreiter in

den Betriebsrat des Unternehmens gewählt, 1990 übernahm er den Vorsitz des Arbeiterbetriebsrates. Vor der Betriebsratswahl 1999 beschloss Leopold Tatzreiter nicht mehr zu kandidieren und trat wenig später in den Ruhestand.

Nun endet auch seine politische Karriere, die am 16. 10. 1985 mit dem Einzug in den Steyrer Gemeinderat begonnen hat. Am 1. Februar 1990 rückte Leopold Tatzreiter in den Stadtsenat auf, am 30. 10. 1997 übernahm er das Amt eines Vizebürgermeisters. Er war Mitglied im Wohlfahrtsausschuss, im Verkehrsausschuss, im Ausschuss für Stadtentwicklung und Stadtplanung sowie im Finanz- und Rechtsausschuss; er war Vorsitzender des Wohnungsausschusses, Vorsitzender-Stellvertreter in der Disziplinarkommission, Ersatzmitglied des Personalbeirates und Vorsitzender des Aufsichtsrates der GWG der Stadt Steyr.

Bei der Steyrer Bevölkerung und bei seinen Kollegen ist Leopold Tatzreiter äußerst beliebt. Ganz egal in welcher Funktion, er hat sich immer unermüdlich und voller Energie für die Anliegen von Kollegen und Bürgern eingesetzt. Neun Kinder und zehn Enkelkinder werden nun dafür sorgen, dass dem Ex-Vizebürgermeister in der Pension nicht langweilig wird. Leopold Tatzreiter wird auch seine Tätigkeit als Obmann des Steyrer Pensionistenverbandes weiter ausüben.

In seiner Zeit als Aufsichtsratsvorsitzender sind insgesamt 762 Wohnungen von der GWG unserer Stadt errichtet worden. Er war immerhin mehr als 15 Jahre als Gemeinderat, als Stadtsenatsmitglied und als Vizebürgermeister tätig und vielleicht ist es wirklich die schönste Erinnerung an diese Zeit, dass es in dieser Zeit gelungen ist, die Wohnungsnot in Steyr, die uns die gesamte Nachkriegszeit begleitet hat, wirklich zu beseitigen. Wir haben heute ja eher das Problem, dass wir einige Wohnungen freistehen haben, wie man in den Zeitungen liest und wie uns die Prüfer bescheinigen, aber das ist eigentlich, glaube ich, ein kleineres Übel, als wenn 3000 Menschen, wie es bei Beginn seiner Tätigkeit als Wohnungsstadtrat der Fall war, auf eine Wohnung warten. Es ist eine großartige Leistung gewesen. Ich möchte heute und vor dem gesamten Gemeinderat noch einmal dir, lieber Freund Poldi, Herr Vizebürgermeister, Dank und Anerkennung im Namen des Gemeinderates und auch persönlich aussprechen und dir für den Ruhestand alles erdenklich Gute wünschen. Wie das bei uns auch üblich ist, möchte ich dir ein kleines Ehrengeschenk der Stadt zur Erinnerung überreichen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter bekommt von den einzelnen Fraktionen Geschenke überreicht.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, Herr Vizebürgermeister, geschätzte Damen und Herren der Presse, vor allem liebe Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr. Ich darf mich vorerst einmal sehr herzlich für die Glückwünsche bedanken, vor allem aber auch für den Dank, den ich jetzt erhalten habe. Ich möchte es damit wiedergeben, indem ich mich darüber freue, dass es in diesem Haus eine gewisse Harmonie gibt und in diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei der Beamtenschaft ganz herzlich bedanken. Allen voran natürlich beim obersten Beamten, dem Herrn Magistratsdirektor und seinem Stellvertreter, aber vor allem der gesamten Mitarbeiterschaft des Hauses und darüber hinaus. In diesem Zusammenhang möchte ich natürlich auch die Gesellschaft mit einbinden, ich denke dabei auch an die GWG, bei der ich lange Zeit dabei sein durfte. Ich möchte es ganz kurz machen, die 15 Jahre sind relativ schnell vergangen, man übersieht fast die Zeit. Wenn ich zurückdenke, vor

15 Jahren hat es viele Probleme gegeben, viele gibt es heute noch, sie haben sich nur auf andere Positionen verlagert. In dem Zusammenhang, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen darf ich mich persönlich ganz herzlich dafür bedanken, dass wir es gemeinsam geschafft haben, diese Probleme aus dem Weg zu schaffen. Es gibt natürlich immer wieder etwas Neues, was zu erledigen ist, darum wünsche ich ihnen in diesem Zusammenhang viel Erfolg, vor allem aber viel Gesundheit, was ich mir selber auch immer wieder wünsche, und vor allem die Schaffenskraft, um die Probleme die anstehen, auch in Zukunft immer wieder lösen zu können. Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich und wünsche dem Gemeinderat der Stadt Steyr und vor allem der Bevölkerung eine gute Harmonie und Zusammenarbeit. In diesem Sinne, ein herzliches Glückauf!

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Aufgrund des eingegangenen Mandatsverzichtes ist daher in der heutigen Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr als neues Mitglied des Gemeinderates Herr Rudolf Blasi anzugeloben.

Gleichzeitig teilte der bisher bis 31. 12. 2000 karezierte Gemeinderat der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, Siegfried Stieglitz schriftlich mit, nunmehr auf die Ausübung seines Gemeinderatsmandates zu verzichten. Dieser Verzicht soll mit Ablauf des 31. 12. 2000 wirksam sein. Herr Siegfried Stieglitz verbleibt jedoch am Wahlvorschlag der FP als Ersatzmitglied.

Seinerzeit ist der GR Fröhlich nach GR Stieglitz für eine vorübergehende Zeit angelobt worden und aus formellen Gründen muss heute noch einmal eine Angelobung erfolgen.

Ich werde mir jetzt erlauben, die Gelöbnisformel vorzusprechen und darf dann die beiden Herren bitten, das Gelöbnis abzulegen. Ich lese die Gelöbnisformel vor, sie lautet wie folgt:

“Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.”

Ich ersuche nun Herrn Rudolf Blasi, sich von seinem Platz zu erheben und dieses Gelöbnis mit den Worten. “Ich gelobe” zu leisten.

RUDOLF BLASI:

Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Herr GR Fröhlich bitte.

GEMEINDERAT STEFAN FRÖHLICH:

Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unter Punkt 3) kommen wir zur Wahl eines dritten Vizebürgermeisters.

Durch die Zurücklegung des Vizebürgermeistermandates durch den bisherigen Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter ist nunmehr die Neuwahl für die Funktion des 3. Vizebürgermeisters notwendig. Diese Wahl soll wie bisher üblich in geheimer Abstimmung erfolgen. Ich ersuche zur Durchführung der Wahlhandlung um die Teilnahme von 5 Wahlzeugen, wobei es in der Vergangenheit immer üblich war, das jeweils an Lebensjahren jüngste Mitglied jeder einzelnen Gemeinderatsfraktion mit dieser Funktion zu betrauen. Sollte diesem Vorschlag heute wieder zugestimmt werden, so wären dies von der SPÖ-Fraktion Herr Stefan Keiler, von der FPÖ-Fraktion Herr Stefan Fröhlich, von der ÖVP-Fraktion Herr Ing. Wolfgang Hack, von der GAL-Fraktion Herr Andreas Kupfer und von der LIF-Fraktion Frau Mag. Michaela Frech.

Ich ersuche die genannten Gemeinderäte um Übernahme der Funktion als Stimmprüfer und die Wahlhandlung zu überwachen.

Von der SPÖ-Fraktion wurde mir für die Wahl der Funktion des 3. Vizebürgermeisters Herr Ing. David Forstenlechner statutengemäß schriftlich versehen mit den erforderlichen Unterschriften vorgeschlagen. Wahlberechtigt hierfür sind jedoch nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion. Die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ist erforderlich.

Ich bitte nunmehr, die Wahlhandlung durchzuführen und die Stimmprüfer, das Wahlergebnis zu ermitteln.

Sitzungsunterbrechung zur Durchführung der Wahlhandlung!

GR Ing. Klaus Hoflehner kommt um 14.32 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Wahlzeugen bitte zur Arbeit, der hoffnungsvolle Nachwuchs der Stadt Steyr!

Meine Damen und Herren, das Wahlergebnis liegt somit vor und zwar für Herrn Vizebürgermeister Ing. David Forstenlechner haben 16 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion votiert. Es hat eine Stimmenthaltung gegeben und eine Gegenstimme, das heißt eine ungültige und eine Gegenstimme.

Herr Vizebürgermeister Ing. David Forstenlechner ist somit gewählt.

Ich gratuliere dem neu gewählten Vizebürgermeister herzlich und ersuche ihn, zur Angelobung vorzutreten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich ersuche nunmehr Herrn Vizebürgermeister Ing. David Forstenlechner, das Gelöbnis abzulegen. Es lautet:

“Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes

Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach besten Wissen und Gewissen zu erfüllen.“

Es ist erforderlich, dass der Herr Vizebürgermeister diese Gelöbnisformel in vollem Wortlaut ablegt.

VIZEBÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

„Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach besten Wissen und Gewissen zu erfüllen.“

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, herzlichen Glückwunsch, ich darf die Einladung aussprechen, am Präsidiumstisch Platz zu nehmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

Standing Ovationen für Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter a. D.

Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter a. D. verlässt um 14.43 Uhr die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, unter Punkt 5) kommen wir zur Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse und Änderungen in der Zusammensetzung, die sich durch die Veränderungen im Gemeinderat und in den Funktionen ergeben.

Bedingt durch den Wechsel in der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion ist auch eine Änderung in der personellen Zusammensetzung der Ausschüsse bei der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion notwendig geworden. Es wurde mir ein entsprechender Wahlvorschlag für eine Neuwahl der Ausschussmitglieder seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion übermittelt. Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind.

Dieser Vorschlag lautet:

Im Finanz- und Rechtsausschuss ist anstelle von Leopold Tatzreiter **Ing. David Forstenlechner**

im Bauausschuss anstelle von Leopold Tatzreiter als Ersatzmitglied **Rudolf Blasi**

im Wohnungsausschuss ist anstelle von Leopold Tatzreiter **Gerhard Bremm**

im Prüfungsausschuss ist als Ersatzmitglied anstelle von Ing. David Forstenlechner **Rudolf Blasi**

im Ausschuss für soziale Angelegenheiten ist anstelle von Leopold Tatzreiter als Ersatzmitglied **Ing. David Forstenlechner**

im Ausschuss für Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Stadtplanung ist anstelle von

Leopold Tatzreiter **Ing. David Forstenlechner**

im Verkehrsausschuss anstelle von Leopold Tatzreiter **Rudolf Blasi** und anstelle von Ing. David Forstenlechner als Ersatzmitglied **Stephan Keiler**

im Umweltausschuss ist anstelle von Ing. David Forstenlechner **Rudolf Blasi** vorgesehen.

Ich ersuche daher die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Das ist einstimmig angenommen und damit gelten die von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Ausschussmitglieder und Ersatzmitglieder als gewählt.

Bedingt durch den Wechsel in der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion ist auch eine Änderung in der personellen Zusammensetzung der Ausschüsse bei der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion notwendig geworden. Es wurde mir ein entsprechender Wahlvorschlag für eine Neuwahl der Ausschussmitglieder seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion mit dem Inhalt übermittelt, dass Herr Gemeinderat Stefan Fröhlich in allen gemeinderätlichen Ausschüssen als Mitglied bzw. Ersatzmitglied anstelle des ausgeschiedenen Gemeinderates Siegfried Stieglitz tätig werden soll.

Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind.

Ich ersuche daher die Mitglieder der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zum Zeichen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag, ein Zeichen mit der Hand zu geben.

Danke, das ist einstimmig, damit gilt Herr Gemeinderat Stefan Fröhlich, wie von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion vorgeschlagen, als Ausschussmitglied bzw. Ersatzmitglied anstelle von Herrn Gemeinderat Siegfried Stieglitz in die entsprechenden gemeinderätlichen Ausschüsse als gewählt.

Nun der Punkt 6) Verwaltungsausschuss APT; Wahl von Ersatzmitgliedern.

Für die städtische Unternehmung Alten- und Pflegeheim Tabor wurde gemäß § 62 StS 1992 ein Organisationsstatut erlassen. Gleichzeitig bestellte der Gemeinderat der Stadt Steyr mit dem zitierten Beschluss gem. § 40 StS 1992 für die städtische Unternehmung "Alten- und Pflegeheim Tabor" einen besonderen Verwaltungsausschuss.

Mit Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 30. Oktober 1997 wurden die Mitglieder dieses Verwaltungsausschusses in der Form durch den Gemeinderat der Stadt Steyr nominiert, dass die SPÖ-Fraktion berechtigt war drei Mitglieder, die FPÖ-Fraktion ein Mitglied und die ÖVP ebenfalls ein Mitglied zu entsenden, da dieser besondere Verwaltungsausschuss aus fünf Mitgliedern besteht.

Die bisherige Praxis des Verwaltungsausschusses für die städtische Unternehmung "Alten- und Pflegeheim Tabor" hat gezeigt, dass es zweckmäßig erscheint, für den Fall der Verhinderung eines nominierten Mitgliedes dieses Verwaltungsausschusses auch entsprechende Ersatzmitglieder zu bestellen.

Aufgrund des Ergebnisses der Gemeinderatswahl 1997 ist nach dem d'Hondtschen Verfahren die SPÖ-Fraktion berechtigt, drei Ersatzmitglieder, die FPÖ-Fraktion ein

Ersatzmitglied und die ÖVP-Fraktion ebenfalls ein Ersatzmitglied zu entsenden.

In Entsprechung dessen, geben nunmehr diese im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Fraktionen die Nominierung von Ersatzmitgliedern für den Verwaltungsausschuss des Alten- und Pflegeheimes Tabor wie folgt bekannt:

Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Frau Gemeinderätin Monika Freimund

Frau Gemeinderätin Helga Feller-Höller

Herr Gemeinderat Walter Oppl

Die ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

Frau Gemeinderätin Claudia Durchschlag

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Herr Gemeinderat Ing. Klaus Hoflehner

Über diese neuen Vorschläge der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der nur die Mitglieder der jeweiligen Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind.

Wir schreiten nun zur Wahl über den Vorschlag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion.

Ich ersuche daher die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Zeichnen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme, damit gelten die von der SPÖ-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagenen Ausschussmitglieder und Ersatzmitglieder als gewählt.

Wir kommen nun zur Wahl über den Vorschlag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion.

Ich ersuche daher die Mitglieder der ÖVP-Gemeinderatsfraktion zum Zeichnen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme, damit gilt das von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagene Ausschussmitglied und Ersatzmitglied als gewählt.

Wir kommen nun zum Wahlvorschlag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion.

Ich ersuche daher die Mitglieder der FPÖ-Gemeinderatsfraktion zum Zeichnen der Zustimmung mit dem eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme, damit gilt das von der FPÖ-Gemeinderatsfraktion vorgeschlagene Ausschussmitglied und Ersatzmitglied als gewählt.

Wir kommen nun zu Punkt 7) Beantwortung von allfälligen Anfragen:

Ich darf kundtun, dass keine Anfragen vorhanden sind.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich Folgendes mitteilen:

Gemäß § 28 Abs. 8 des Statutes für die Stadt Steyr 1992 erlaube ich mir, ihnen mitzuteilen, dass ich aufgrund der heute erfolgten Neuwahl eines 3. Vizebürgermeisters die Reihenfolge, in der die Vizebürgermeister den Bürgermeister zu vertreten haben, wie folgt festgelegt habe:

Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach

Herr Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil

Herr Vizebürgermeister Ing. David Forstenlechner

So, ich darf weitere Mitteilungen bringen, ich habe sie zwar in der Zeitung auch schon gelesen, aber es sei dem Gemeinderat kundgetan.

Ein sehr gutes Zeugnis bekommen die Steyrer Stadtwerke von einem renommierten Grazer Raumplanungs-Büro für die Organisation des städtischen Busverkehrs ausgestellt. Das ist, im Zusammenhang mit der Diskussion die zur Zeit läuft, ganz interessant. "Im Vergleich zu anderen Städten dieser Größenordnung bietet die Stadt Steyr mit 15-Minuten-Intervallen und 10 Linien ein vergleichsweise hervorragendes Angebot", urteilen die Raumplaner nach einer Analyse unseres städtischen Verkehrssystems. Das ist für uns auch eine kleine Freude, es wird aber natürlich auch immer Anlass zur Kritik geben, das ist mir vollkommen klar. Aber es ist immerhin ein neutrales, nicht von uns beauftragtes Gutachten, die auch Vergleiche mit anderen Städten vorgenommen hat.

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage darf ich berichten, dass sie ausgezeichnet verläuft, das kann uns am meisten freuen.

Die Arbeitslosenquote im Dezember 2000 betrug 5,2 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,4 Prozentpunkte höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr verringerte sie sich um 1,2 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Dezember 2000 2.149. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 8,6 % (d.s. 170 Personen) und gegenüber dem Vorjahr verringerte sie sich um 18,4% (d.s. 486 Personen).

Im Dezember 2000 sind 368 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 53 Stellen weniger und auch gegenüber dem Vorjahr um 2 Stellen weniger.

Ich darf sie bitten, unter Punkt 9) die Beschlüsse des Stadtsenates zur Kenntnis zu nehmen, sie sind ja mit den Gemeinderatsunterlagen zugegangen.

Bevor wir in die Behandlung der Verhandlungsgegenstände eingehen, darf ich mitteilen, dass der Herr Baustadtrat mitgeteilt hat, dass ein Verfahren nicht in die richtige Richtung gelaufen ist. Ein Verfahren betreffs einer Bebauungsplanerstellung in Christkindl, das ist der Tagesordnungspunkt 10 und dieses Verfahren muss neuerlich durchgeführt werden. Wenn es gewünscht wird, kann dazu kurz Stellung genommen werden, aber es ist der Antrag da, diesen Tagesordnungspunkt zurückzustellen, damit dieses Verfahren abgewickelt werden kann. Wenn wir das tun, dann ist eine 2/3-Mehrheit erforderlich.

Herr StR Mayrhofer, werden sie dazu kurz Stellung nehmen? Vielleicht können sie das für die anderen, die nicht näher informiert sind, kurz erläutern.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Bei dieser Flächenplanänderung, Bebauungsplanänderung Nr. 5 „Christkindl“, war der ursprüngliche Antrag, die Baufluchtlinie um ungefähr 3 Meter nach rückwärts zu verschieben, um so eine zeitgemäße Bebauung dieses sehr einheitlichen Siedlungsgebietes zu ermöglichen und damit auch den heutigen Ansprüchen an Wohnraum Genüge zu tun. In dem jetzt vorgelegten Bericht, den ich genauso wie sie erst mit der Tagesordnung zum Gemeinderat übermittelt bekommen habe, waren jedoch weitreichendere Änderungen drinnen z. B. Firstrichtungen, dass das alles aufgehoben wird und auch andere Baufluchtlinien. Ich ersuche daher, das im nächsten Bauausschuss zu behandeln und dann im nächsten Gemeinderat zur Abstimmung zu bringen, dass wir diesen Tagesordnungspunkt heute absetzen und dann das nächste Mal in der gewünschten Form beschließen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich glaube, die Erklärung war schlüssig. Wünscht noch jemand das Wort?

Es ergeht der Antrag, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und bei der nächsten Sitzung wieder vorzutragen. Wenn sie dem zustimmen, dann ersuche ich sie um ein Zeichen. Danke, Stimmenthaltung, Gegenstimme? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

In weiterer Folge darf ich mitteilen, dass ein gemeinsamer Dringlichkeitsantrag von allen Fraktionen vorgelegt wurde und der beschäftigt sich mit der Diskussion, oder den Aussagen der Frau Bundesminister Forstinger zum Thema Bahnhofsausbau und einer möglichen Zurückstellung dieser Investitionen in ganz Österreich. Wir wären davon natürlich auch erheblich negativ betroffen, weil ja mit der ÖBB vereinbart wurde, dass im Jahre 2002 der Bahnhof umgebaut werden soll. Ich habe ja auch berichtet, dass wir dann den Hessenplatz neu gestalten wollen. Wir brauchen in diesem Bereich also unbedingt diese Investition und dieses Bahnhofsbauwerk ist ja wirklich aus dem vorvorigen Jahrhundert und wir haben uns links und rechts daneben mit einem enormen Aufwand bemüht, dort zeitgemäße Strukturen zu schaffen. Dieser Dringlichkeitsantrag soll jetzt zur Abstimmung kommen, ob wir ihm die Dringlichkeit zuerkennen und wenn ja, dann würde ich vorschlagen, wie es bei uns üblich ist, dass wir ihn am Ende der Tagesordnung abhandeln. Wenn sie dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen, dann ersuche ich sie um ein Zeichen. Danke, gibt es gegenteilige Meinungen? Stimmenthaltungen? Dem Antrag wurde die Dringlichkeit zuerkannt, wir werden ihn am Ende der Tagesordnung abhandeln.

Ich darf zur Behandlung der Verhandlungsgegenstände den Vorsitz der Frau Kollegin Mach übertragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE:BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Mein erster Antrag beschäftigt sich mit der Aufnahme eines Darlehens für das Jahr 2000 im Ausmaß von maximal 48 Mio. Schilling. Der Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss hat sich mit dieser Materie schon ausführlich auseinander gesetzt.

Es ergeht daher der Antrag dieses Ausschusses an den Gemeinderat.

1) Fin-100/99

Darlehensaufnahme für das Rechnungsjahr 2000

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 10. Januar 2001, wird folgender Darlehensaufnahme in der Höhe von insgesamt S 48.000.000,-- zugestimmt:

Darlehensgeber:

Oberbank AG

Betrag und Laufzeit:

maximal ÖS 9.000.000,-- mit einer Laufzeit von 25 Jahren und verbleibender Rest auf ÖS 48.000.000,-- mit einer Laufzeit von 20 Jahren

Kondition:

Bindung an den 6-Monats-CHF-LIBOR bzw. EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,1 % bei halbjährlicher Wahlmöglichkeit zu den Zinssatzanpassungs- und Tilgungsterminen und einer Konvertierungsberechnung, ausgehend vom Devisenmittelkurs +/- 1/8 der Spanne zwischen An- bzw. Verkaufsdevisenkurs, je nachdem in welche Richtung konvertiert wird.

Die o.a. Beträge stellen Maximalbeträge dar. Bei einem geringeren Bedarf wird der Geschäftsbereich für Finanzen ermächtigt die jeweiligen Volumina entsprechend zu verringern.

Sollten aus wirtschaftlichen Gründen (Ausnützung von Prüffristen, Zahlungszielen, etc.) Teile der mit diesen Darlehen finanzierten Ausgaben erst im Rechnungsjahr 2001 zur Auszahlung gelangen, können Teile dieser Darlehen auch auf Rechnung 2001 zugezählt werden.

Aus verwaltungstechnischen Gründen können die o.a. Maximalbeträge auch auf mehrere Schuldscheine aufgeteilt werden.

Der o.a. Geschäftsbereich wird ermächtigt, die Darlehensbedingungen entsprechend den Ausschreibungsgrundlagen bzw. Angeboten festzulegen.

Weiters wird der Geschäftsbereich für Finanzen im Hinblick auf ein aktives Darlehensmanagement ermächtigt, für gegenständliche Darlehen sämtliche notwendigen Zins-, Währungs- und sonstigen Dispositionen zu treffen.

Ich bitte sie um Debatte, bzw. Beschlussfassung und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der zweite Antrag betrifft den Flächenwidmungsplan Nr. 1.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

2) BauGru-28/99

Flächenwidmungsplan Nr. 1; Änderung Nr. 103; Gewerbepark Steyr-Nord

Gegenständlicher Flächenwidmungsplan Nr. 1 - Änderung Nr. 103 - Gewerbepark Steyr-Nord - wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 21. Dezember 2000 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idGF. beschlossen.

Infolge Dringlichkeit wird gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte sie auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Beim nächsten Antrag handelt es sich um den Abschluss einer Städtepartnerschaft mit San Benedetto.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

3) Präs-803/00

Steyr - San Benedetto; Abschluss einer Städtepartnerschaft

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 3. 1. 2001 wird dem Abschluss eines Partnerschaftsvertrages zwischen der Stadt Steyr und der Stadt San Benedetto zur Vertiefung der internationalen Verständigung auf kommunaler Ebene, insbesondere zu Kooperation in Angelegenheiten der Wirtschaft und der Industrie, im Bereich des Bildungswesens und der Kultur, des Sportes sowie des Jugend- und Studentenaustausches nach Maßgabe der im zitierten Amtsbericht der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten näher ausgeführten Darstellungen zugestimmt.

Ich bitte sie auch hier um Debatte bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Mag. Klausberger bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren. Bei diesem Antrag

kommt Freude auf. Freude bei mir als Person, als Pädagoge und als Mitglied des Gemeinderates und es ist ja nicht immer so, dass wir im Gemeinderat viel Freude haben, bei diesem Antrag können wir uns aber alle darüber freuen. Ich glaube, seitens der Fraktionen wurde durch verschiedene Fahrten nach San Benedetto gezeigt, dass dieser Antrag von der absoluten Mehrheit des Hauses, von allen Fraktionen mitgetragen wird. Das kommt durch den Besuch der verschiedensten Delegationen in den letzten Monaten zum Ausdruck; Herr Vizebürgermeister Pfeil, Herr StR Mayrhofer, die Fraktionen der Grünen - Kurt Apfelthaler, Liberalen - Mag. Frech, Bürgermeister Leithenmayr an der Spitze einer großen Delegation, alle waren in San Benedetto. Die Begründung für die Freude, die bei uns aufkommt, für den Partnerschaftsvertrag, steht ja im Amtsbericht. Es wird angeführt, dass das Meer im Leben unserer Partnerstadt eine gewaltige Rolle spielt, dass es bei uns die Flüsse sind, die den Mittelpunkt unserer Lebensinteressen bilden, dass das Eisen, dass auf der Enns hergebracht wurde und gestapelt werden musste, für unsere Stadt das Image einer Eisenstadt, einer metallverarbeitenden Stadt geprägt hat. Als Pädagoge empfinde ich Freude, weil unsere Schüler etwas tun können, was vielerorts nicht möglich ist - gerade durch diese Partnerschaft ans Meer zu reisen. Die industriellen Bedingungen des Fischfanges, oder in einer Warenbörse werden in San Benedetto am frühen Morgen die Preise für den Fisch im ganzen Land festgelegt, wer sich dafür die Zeit nimmt, für den ist das ganz interessant. Aber nicht nur Schüler haben hier die Möglichkeit im Austausch San Benedetto kennen zu lernen, unsere Handelsakademie hat das z. B. schon seit 5 Jahren so praktiziert - Schüler in das Gastland entsandt und gleichzeitig viele Delegationen von Schülern unsere schöne Heimat gezeigt, mit den Flüssen, mit den Bergen der Umgebung. Viele Menschen aus Italien haben noch nie Schnee gesehen, das alles sind Möglichkeiten im zwischenmenschlichen Bereich, das ist der Grund warum Freude aufkommt. Im Amtsbericht steht natürlich auch drinnen, dass es nicht nur die bildungspolitischen und kulturellen Überlegungen sind, es sind nicht nur die Überlegungen gemeinsamer EU-Projekte in der Zukunft. Bei diesem Anlass soll aber auch Dankeschön gesagt werden an viele Menschen, abgesehen einmal von den politischen Fraktionen, die hier schon erwähnt wurden. Wichtig ist, dass sich die Bürger der beiden Städte damit identifiziert haben, was wir heute beschließen. In Italien Bürgermeister Paolo Perazzoli, oder Giovanni Gasperi, Präside Donofrio, der Direktor unserer Partnerschule, oder Alena Roth. Wir verdanken einem glücklichen Umstand, dass diese Möglichkeiten der Kontaktfindung und der Kontaktverstärkung in Steyr in der Sierningerstraße geboren wurde und seit 3 bis 4 Jahrzehnten bereits in San Benedetto lebt. All das sind persönliche menschliche Bindungen. Man muss auch all jenen Persönlichkeiten von A bis Z bei uns zu Hause Dank sagen, Emidio Aniballi zum Buchstaben A und Helmut Zagler zum Buchstaben Z, dazwischen liegen aber unendlich viele Bürger unserer Stadt, die sich dafür eingesetzt haben. Mehr als 2 Jahrzehnte Emidio Aniballi, der auch in der Region San Benedetto geboren ist und Helmut Zagler, der den Schüleraustausch gefördert hat und sich im Tourismusverband gemeinsam mit Wolfgang Neubaur oder mit Karl Holub in der Städtefreundschaft für diese Idee immer wieder eingesetzt hat. Ein Danke schön an alle, man kann sie nicht namentlich anführen, von mir als Person und ich glaube, ich spreche auch für viele hier im Gemeinderat. Die Wünsche, die unsere Städtepartnerschaft begleiten mögen, lauten einfach - wir wünschen dieser Partnerschaft viel Erfolg und ein Erfolg kann nur das sein, was der Allgemeinheit zu Gute kommt. In diesem Sinne - viel Erfolg.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Erwähnen sie den Wein!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Darauf werde ich nicht vergessen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich freue mich sehr, dass diese Städtepartnerschaft zwischen Steyr und San Benedetto zustande kommt. Ich sehe sie als Signal für kulturelle Offenheit, als Signal für ein gelebtes Europa. Ich glaube, es reicht einfach nicht immer wieder nur zu betonen, dass Europa zusammenwächst, man muss diese Partnerschaft und dieses Europa auch leben. Das ist eine Möglichkeit, diese Verbindung zweier Städte in Europa, die kulturell und sprachlich vielleicht doch auch einige Unterschiede aufweisen, auch miteinander zu verbinden. Es ist auch ein Signal für die Bereitschaft zweier Städte aufeinander zuzugehen, voneinander zu lernen und Synergien zu nutzen, sei es im wirtschaftlichen oder im kulturellen Bereich. Wenn ich das Thema „Voneinander lernen“ aufgreife, fällt mir spontan dazu ein, es wäre vielleicht ganz schön, wenn man vielleicht einmal so gemeinderatsintern einen kleinen Italienischkurs machen würde. Das wäre nicht schlecht, wenn wir uns mit unseren Gästen in Zukunft auch verstärkt verständigen können. Was bringt es uns ganz persönlich? Ich denke mir, die Antwort ist relativ leicht. Diese Partnerschaft zwischen San Benedetto und Steyr bringt uns das, was wir daraus machen. Wenn wir uns dafür engagieren, wenn wir es schaffen, dass sich auch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt mit San Benedetto, mit dieser Städtepartnerschaft identifizieren, dann wird aus dieser Partnerschaft sehr viel entstehen können. Das was es bisher bereits gegeben hat und was mein Vorredner, der Gerhard Klausberger angesprochen hat, wird man vertiefen und zusätzlich wird man sehr viele neue Dinge auch angehen. Darüber freue ich mich auch. Schön wäre es, wenn es z. B. von der Steyrer Homepage eine Link zu San Benedetto geben würde. Von San Benedetto zu Steyr gibt es inzwischen bereits einen Link, die verweisen schon auf uns. Das werden wir hoffentlich in Zukunft auch machen. Herr Bürgermeister, bei offiziellen Anlässen könnten wir z. B. den Wein von San Benedetto ausschenken, einige von ihnen werden ihn schon getrunken haben, der Rosso Piceno ist der Rotwein dieser Gegend, der Verticchio, der den meisten von ihnen wahrscheinlich bekannter ist, ist das Pendant in Weiß dazu, schmeckt recht gut. Ich denke mir, so offizielle Gelegenheiten werden auch in Zukunft kulinarisch ein bisschen den italienischen Charakter tragen dürfen. Abschließend, gerade auch als Lehrerin, freue ich mich natürlich auch sehr, dass damit auch verstärkt der Jugendaustausch wieder gefördert werden wird. Ich habe aus eigener Erfahrung gesehen, wie viel Schüler einfach lernen, sowohl sprachlich als auch menschlich, wenn sie sich in einem Gastland aufhalten und was hier auch an Freundschaften entstehen kann. Also alles in allem, ist es sicherlich eine sehr positive Angelegenheit, wobei im Endeffekt auch von uns abhängt, was wir daraus machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, ist ein Schlusswort gewünscht? Das ist auch nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt ist der Abschluss eines Kaufvertrages mit der SDP Landholdings GmbH über Grundstücke im Steyrer Wehrgraben.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

4) ÖAG-25/00

Abschluss eines Kaufvertrages mit der SDP Landholdings GmbH über Grundstücke im Wehrgraben

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 18. Dezember 2000 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der SDP Landholdings GmbH über die Grundstücke 837/3, 465/1, 462/1, 446/10 und 612/13, je KG Steyr, zum Gesamtkaufpreis von S 4,627.430,-- zugestimmt. Im Übrigen gelten die im Amtsbericht aufgezeigten Bedingungen.

Zur Bezahlung des Kaufpreises, sowie der Grunderwerbssteuer und der Eintragungsgebühr sowie der sonstigen Nebenkosten wird bei der VA-Stelle 5/840000/001000 ein Betrag von S 414.000,-- (in Worten Schilling vierhundertvierzehntausend) freigegeben sowie ein weiterer Betrag von S 2,616.000,-- (in Worten Schilling zwei Millionen sechshundertsechzehntausend) als Kreditüberschreitung bewilligt. Weiters wird bei der VA-Stelle 5/853000/010150 ein Betrag von S 1,840.000,-- (in Worten Schilling eine Million achthundertvierzigtausend) für den auf die Fischer-Villa entfallenden Anteil als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 4,456.000,-- (in Worten Schilling vier Millionen vierhundertsechsfünzigtausend) notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonstruktion wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 46 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Meine Damen und Herren, das klingt jetzt ein bisschen kompliziert, aber in Wirklichkeit geht es darum, dass wir die Ordnung, die wir im Steyrer Wehrgraben brauchen, im Zuge der Veränderungen und des Umstandes, dass sich die Steyr-Wagner von Immobilienbesitz trennen möchte, dort auch in Zukunft wieder gewährleisten. Im Wesentlichen erwerben wir Sportflächen, wo Tennis- und Stockschießenbahnen dort sind, wir erwerben ein Haus, das wir zum Tausch anbieten werden, um den Fachhochschulbau fortsetzen zu können, den wir uns vom Land OÖ finanzieren lassen wollen, und wo dann die Logistikschüler drinnen sein sollen, die bereits ihr Studium aufgenommen haben - jedenfalls die Ersten davon. Wir erwerben auch eine Rodelwiese für die Kinder in diesem Bereich, die das sehr schätzen und sehr gerne benutzen. Ich glaube, dass wir auch zu außerordentlich günstigen Bedingungen diese Grundstücke erwerben können und das wird insgesamt auch dazu führen, dass wir mit dem Geschenk Schwimmschule, das uns noch einige Sorgen und Aufwendungen auferlegen wird, dort in diesem Bereich, wo die SDP AG Großgrundbesitzer war, eben tatsächlich wieder gut zurecht kommen können. Es ist bei dieser Gelegenheit vielleicht auch einmal notwendig, offiziell zu sagen, dass es auch durch glückliche Umstände und sehr viel Energie und Einsatz gelungen ist, den österreichischen Kleingartenverein dazu zu bewegen, 600 Schrebergärten in Steyr zu erwerben, ebenfalls aus diesem Immobilienbesitz und damit rund 600 Familien die grüne Insel zu erhalten, was diese auch sehr schätzen und was auch insgesamt für die Flächenwidmung, für die Raumplanung, für die grüne Stadt Steyr und für die Erholungsmöglichkeiten vieler Menschen, die hier in Sozialwohnungen kein eigenes Stück Garten haben, diesen Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt mit dieser Vorgangsweise zu helfen.

Ich glaube, dass auch der Übergang der Wohnungen zu dieser Wohnbau 2000

oberösterreichischen Wohnbaugesellschaft ein akzeptabler Vorgang ist. Es handelt sich nach meinen Erkundigen dabei um eine seriöse oberösterreichische Wohnbaugesellschaft, die hier nicht erwarten lässt, dass hier die Mieter in einer unzumutbaren Weise unter Druck geraten. Es hat sich übrigens der Geschäftsführer dieser Gesellschaft unmittelbar gerührt und sich angekündigt, um einen Termin ersucht, sodass man dann auch hören kann, welche Vorstellungen von dieser Gesellschaft aus mit dem Erwerb dieser rund 1.400 Wohnungen, die ehemalige Werkswohnungen waren, verbunden sind, darüber werde ich auch in einem der kommenden Gemeinderäte berichten. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass hier die Dinge sehr viel schlechter hätten laufen können. Ich bin eigentlich sehr froh und glücklich darüber, dass wir diese Kaufabschlüsse tätigen konnten und dass wir auch Unbill von unseren Bürgerinnen und Bürgern abwenden konnten, im Zuge von doch recht großflächigen Immobilienveränderungen in unserer Stadt und ich bitte sie diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ein paar Bemerkungen noch, das Stichwort Schwimmschule ist ja schon gefallen, es ist auch in diesem Gremium viel darüber diskutiert und in den Medien darüber geschrieben worden. Der Herr Bürgermeister hat es schon erwähnt, dass es in einem gewissen Zusammenhang mit diesem Abschluss eines Kaufvertrages mit der SDP Landholdings GmbH steht. Ich darf in dem Zusammenhang erwähnen, dass es besonders erfreulich ist, dass auch Parkplätze geschaffen werden sollen. Es war ja in den letzten Jahren während der Badesaison rund um die Schwimmschule bereits ein untragbarer Zustand und ich hoffe, dass es mit diesem Abschluss auch zu einer Lösung kommen wird, die dann für die Besucher der Schwimmschule die mit dem Auto hinfahren auch geregelt wird.

Nachdem du von den Kleingärtnern abgeschweift bist, möchte ich schon noch eines dazusagen; es ist zwar erfreulich, dass der österreichische Dachverband der Kleingärtner diese Kleingärten in Steyr erworben hat und den Kleingärtnern in Zukunft zur Verfügung stellt, einen Wermutstropfen hat diese ganze Angelegenheit allerdings schon. Es ist eine Verfünffachung der Kosten im Jahr und zwar für jene, die den Pachtpreis für zwanzig Jahre nicht im Voraus bezahlen. Das muss man in dem Zusammenhang schon erwähnen, denn das ist ja nicht unwesentlich.

Sicherlich, Herr Kollege Spanring, ich habe mir ja die Verträge angeschaut. Ach so, du redest gerade mit dem Kollegen Kupfer.

Für ältere Schrebergartenpächter ist es wahrscheinlich nicht zumutbar, einen Pachtvertrag auf 20 oder 25 Jahre abzuschließen. Das sind ja doch viele ältere Menschen, die einen Kleingarten haben und ich glaube, denen kann man nicht zumuten derartig lange Pachtverträge abzuschließen. Das sei hier nur am Rande erwähnt. Positiv ist wie gesagt die beabsichtigte und hoffentlich auch erfolgte Parkplatzregelung rund um die Schwimmschule.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Freund, Hans Payrleithner, ich möchte eigentlich nur noch ganz kurz auf die Schrebergartengeschichte, die du angesprochen hast, eingehen. Wie war das Szenario? Wir müssen uns darüber einmal im Klaren sein, dass es sich dabei um Gründe gehandelt hat, die überwiegend als Baugründe geeignet wären. Es ist selbstverständlich die ursprüngliche Vorstellung des neuen Eigentümers gewesen, eine Umwidmung auf Baugründe herbeizuführen. Wenn man weiß, dass die Gesamtfläche 192.000 m² im Stadtgebiet sind und wenn man die Grundpreise für Baugründe in der Stadt kennt, dann kann man sich vorstellen, wie reizvoll das für dieses Unternehmen gewesen wäre. Also, wären wir nicht mit einer glasklaren Vorstellung an den Tisch gegangen, die ausgeschaut hätte, als würden wir dieser Umwidmung nicht nähertreten, hätte sich diese Entwicklung schon einmal nicht ergeben können. Dann möchte ich sagen, dass hier dieser Präsident, der Ing. Wohaschek ausgezeichnet verhandelt hat, wofür ich ihm dankbar bin und wofür ihm auch alle Schrebergärtler noch dankbar sein werden, weil immerhin hat er um einen Preis von ungefähr S 180,-- eingekauft, das muss man zuerst einmal tun. Das Nächste ist, dass natürlich dieser Kleingartenverband ein Verein ist, wie viele Vereine eben auch und die haben natürlich nicht den Barwert dieses Kredites von rund 72 Mio. Schilling in ihrer Vereinskassa drinnen. Das heißt, es wird also eine Darlehensfinanzierungsform gesucht werden müssen. Alle jene, lieber Freund Hans, die bereit und in der Lage sind, diese Schrebergartenparzelle, die sie oft eh schon seit Generationen oder seit vielen Jahren in Anspruch nehmen, zu zahlen, zu finanzieren. Dabei geht es um Größenordnungen von 40 bis 50 Tausend Schilling für rund 200 bis 250 m². Die, die dazu nicht in der Lage sind, müssen natürlich hier dieses Darlehen berappen, das in Wirklichkeit der Verein vorfinanziert. Alleine auf diese Art und Weise war es nur möglich. Über eines muss man sich schon im Klaren sein, es war bis jetzt etwa ein Betrag von S 1.000,-- zu zahlen, weil die Betriebsräte der SDP schon vor Jahrzehnten versucht haben, auch aus historischen Gründen und in Notzeiten, solche freiliegende Grundstücke für ihre Dienstnehmer als Schrebergärten zu Verfügung zu stellen, damit die Leute Gemüse anbauen und dass sie sich dort sozusagen eine gewisse Zubeuße selber erwirtschaften können. Das waren die Hintergründe, darum habe sie sehr wenig, etwa S 1.000,-- dafür bezahlt. Die Schrebergartenmieten in der Stadt Linz z. B. sind deutlich höher, liegen also ungefähr bei diesen S 5.000,-- im Jahr, die in Zukunft jene zahlen müssen, die auch ein Darlehen zurück zahlen. Sie erwerben mit diesem Preis in Wirklichkeit ja das Grundstück, das muss man einmal sehen. Wenn sie diese 40 bis 50 Tausend Schilling gleich hinlegen und das Grundstück erwerben, dann zahlen sie nur mehr einen Mitgliedsbeitrag beim Schrebergartenverein. Diese alternative Möglichkeit besteht für jeden, das muss man auch sehen. Wenn ich mir heute so überlege, meine Damen und Herren, was 1 m² Teppichboden beim Leiner kostet, den man in 5 Jahren dann wieder entfernt und entsorgt, dann ist das schon ein sehr günstiges Angebot, ich bitte einmal diesen Vergleich anzustellen und nicht zu lamentieren, wenn einmal etwas Großartiges gelungen ist.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für die Berichterstattung und gebe den Vorsitz wieder zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche die Frau Vizebürgermeisterin um ihre Anträge.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um den Wochenend- und Feiertagsdienst für das Jahr 2001 für den Verein MOHI.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

5) Fin-258/00

Verein „Miteinander - MOHI“ - Finanzierung des Wochenend- und Feiertagsdienstes 2001

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 20. 12. 2000 wird dem Verein „Miteinander - Mobiler Hilfsdienst“, 4400 Steyr, Arbeiterstraße 39, zur Deckung des Aufwandes für den Wochenend- und Feiertagsdienst im Jahr 2001 eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 667.330,--

(Schilling sechshundertsiebenundsechzigtausenddreihundertdreißig)

gewährt.

Die erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/424000/757100 freigegeben.

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung, wir schreiten daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke. Jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall, Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um den Caritas-Kindergarten Wieserfeldplatz, um eine außerordentliche Subvention zur Tilgung der Restschuld betreffend Kindergarten-Renovierung.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

6) Fin-191/00

Caritas-Kindergarten Wieserfeld; außerordentliche Subvention zur Tilgung der Restschuld betreffend Kindergarten-Renovierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 20. Dezember 2000 wird dem Caritas-Kindergarten Wieserfeldplatz zur Tilgung der Restschuld betreffend die

Renovierung des Kindergartens (von 1992 bis 1995) eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 800.000,--

(Schilling achthunderttausend),

auszahlbar in zwei Teilbeträgen zu je S 400.000,--, und zwar die **1. Rate im Jahr 2001**, und die **2. Rate im Jahr 2002**, gewährt.

Die erforderlichen Mittel für die 1. Rate 2001 können im Wege der Freigabe aus der VAST. 5/240000/777000 entnommen werden.

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Auch dieser Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, nur ganz kurz einen Satz. Es handelt sich doch um eine Kostensteigerung von 13 auf 21 Millionen Schilling. Der Herr Dr. Kronsteiner, den wir ja alle sehr gut kennen, und der ein sehr rühriger Mensch ist, hat es sicher sehr gut gemeint und er hat auch dort einiges zustande gebracht. Aber vielleicht sollten wir ihm in Zukunft, wenn er noch einmal in seinem Leben so ein Projekt oder ein ähnliches Projekt in Steyr im Zusammenhang mit der Kirche durchführt, die begleitende Kontrolle einmal zur Seite stellen, die wir ja seitens des Kontrollamtes in Steyr haben, die wir ja vor Jahren eingerichtet haben, um eine Kostenexplosion exorbitanter Art zu verhindern. Ich weiß nicht, was der genaue Hintergrund ist. Explodiert ist es wirklich gigantisch und vielleicht sollten wir das in Zukunft von Haus aus auf realistischere Füße stellen, um sich nachher vielleicht eine schlechte Nachrede zu ersparen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Frau Referentin?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nur kurz. Er hat es eh schon gelernt, er hat beim Kolpinghaus den Betrag beibehalten, den er ursprünglich geplant hat. Ich glaube, sein Vertrauen und seine Güte überall hat ihn halt dahingehend geführt, dass er ein bisschen die ganzen Kosten überschritten hat.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gut. Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag und diese neuerliche Mittelfreigabe stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nächster Berichterstatter ist Herr Vzbgm. Dr. Pfeil. Bitte sehr.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem Antrag geht es um die Errichtung der Verkehrslichtsignalanlage Werndlstraße/Krakowitzerstraße im Zuge des Umbaues der Leopold-Werndl-Straße. Es gibt hier eine alte Vereinbarung zwischen Land und Stadt, dass bei VLSA bei einer Landesstraße 50 % der Kosten der Lichtsignalanlage durch die Stadt Steyr zu tragen sind. Das sind in diesem Falle S 400.000,--, zusätzlich hat sich die Stadt Steyr verpflichtet, die Baumeisterarbeiten die dazu notwendig sind in einer Höhe von S 300.000,-- auch zu übernehmen. Das heißt, es ergeht heute ein Antrag an den Gemeinderat, dass S 700.000,-- für dieses Projekt, das der Sicherheit dient, ausgegeben werden.

Gestatten sie mir zu dieser Kreuzung und Ampelanlage eine persönliche Bemerkung. Wenn man eine zweite Periode im Gemeinderat ist, dann kann man schon das eine oder andere über einen etwas längeren Zeitraum verfolgen. Der Bescheid für diese VLSA stammt aus dem Jahre 1991 und es wurde damals schon diskutiert, dass man anstatt oder zusätzlich eine radfahrtaugliche Fußgängerüberführung von der Krakowitzerstraße in Richtung Schulzentrum durchführt. Mein Kollege, der heute nicht mehr im Gemeinderat und Stadtsenat ist, der Herr StR Schloßgangl, hat mit mir einmal dem Budget zugestimmt, dass dieser Fuß- und Radwegübergang gemacht werden soll. Es gab hier auch ganz enorme Widerstände seitens der Schulbehörde, das muss hier auch einmal ganz offen gesagt werden, dass diese ausschließlich der Sicherheit dienende VLSA und der Übergang verhindert worden ist. Ich möchte das hier ganz emotionslos sagen, und dass das Land sich dann jahrelang zurückgezogen hat, wenn die Steyrer sich nicht einig sind. Ich bin sehr froh, dass dieser der Sicherheit dienende Übergang nun geschaffen worden ist. Wir erinnern uns alle noch an diese leidige Schrankendiskussion, die das Ganze ausgelöst hat und die jetzt auch auf Kosten der Steuerzahler halbwegs bereinigt ist. Die ersten Wochen haben gezeigt, dass der Betrieb der VLSA sehr gut funktioniert, mit einem kleinen Wermutstropfen. Der Schranken ist ja zurückgesetzt worden und wenn in diesem Rundgang, wo man die Kinder jetzt aussteigen lassen kann, illegal parkende Auto in der Mitte stehen - und das ist nicht zu verhindern - dann werden automatisch die Magnetfelder ausgelöst und es schaltet sich automatisch dauernd auf Rot. Aufgrund der jetzt im Winter nicht möglichen Markierungsarbeiten, kann man das jetzt auch nicht ausreichend gut markieren. Ich hoffe, es wird dann im Frühjahr besser und ersuche die hier tätigen Lehrer und Verantwortlichen, das auch weiter zu bringen, wenn dort in der Mitte geparkt wird, dass das auf gar keinen Fall geschehen soll, denn das verhindert auf dieser Kreuzung den flüssigen Verkehr. Ansonsten ersuche ich um Zustimmung.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

7) VekR-1293/00

Errichtung der VLSA Werndlstraße/Krakowitzerstraße im Zuge des Umbaues der Leopold-Werndl-Straße

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 30. November 2000 wird der Übernahme der anteiligen Errichtungskosten für die Verkehrslichtsignalanlage Werndlstraße/Krakowitzerstraße, zugestimmt.

Für die anteiligen Kosten sind die erforderlichen Mittel in Höhe von S 700.000,-- inkl. MWSt., bei VSt. 5/640000/771000 (Kapitaltransferzahlungen an Länder) vorgesehen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von ATS 700.000,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort?

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Bitte am Wochenende die Ampel so schalten, dass kein Rotlicht ist!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, das ist nicht vorgesehen. Das ist fehlerhaft kritisiert worden, weil das ist eine Anforderungsampel und die schaltet sich sowieso nur auf Rot, wenn eine Anforderung da ist. Das ist keine Intervallampel, sondern eine Anforderungsampel und gerade auch am Wochenende ist hier ein sehr reger Verkehr vom ganzen Viertel in Richtung Stadt, oder auch in der Nacht ist sonst eine fälschliche Sicherheit da. Das ist im Verkehrsausschuss auch so besprochen worden und einstimmig, ich glaube da bist du eh auch dabei gewesen, auch so diskutiert worden.

Ist das so ausreichend beantwortet?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Keine weitere Wortmeldung? Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Nächster Berichterstatter Herr StR Mayrhofer bitte.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der erste Antrag bezieht sich auf eine Vereinbarung mit der Bundesstraßenverwaltung. Wir haben zusätzliche Straßenzüge in unserem Stadtgebiet bekommen - die Nordspange - und für alle Bauten, die damit im Zusammenhang stehen, muss laut Gesetz ein Übereinkommen mit der Bundesstraßenverwaltung getroffen werden.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

8) Bau3-1116/89

B 115 Eisenstraße; B 122 a Voralpen Straße, Abzweigung Steyr; L 560 Münchenholz Straße; Baulos „Umfahrung Dornach u. Nordspange Steyr“; Übereinkommen mit der Bundesstraßenverwaltung bzw. Landesstraßenverwaltung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 16. November 2000 wird das Übereinkommen mit der Bundesstraßenverwaltung, sowie der Landesstraßenverwaltung über die Kostentragung für die Errichtung, Erhaltung sowie den Winterdienst des

Gehsteiges und der Querungshilfe an der B 115 Eisen Straße, sowie von Haltestellenbuchten mit anschließenden Warteflächen, von einem Fahrbahnteiler mit Auftrittfläche und einem Gehweg an der B 122 a Voralpen Straße, Abzweigung Steyr und von einem Fahrbahnteiler mit Auftrittfläche an der Messererstraße (Gemeindestraße) und ein Übereinkommen, betreffend die Errichtung und Erhaltung des Geh- und Radweges entlang der L 560 Münichholz Straße im Zuge des Baues der Umfahrung Dornach und der Umfahrung Steyr vollinhaltlich zur Kenntnis genommen.

Da es sich durchwegs um Verbesserungen von öffentlichen Straßen handelt, die im Interesse der Stadt Steyr stehen, sind die zusätzlichen Kosten für Wartung, Erhaltung und Schneeräumung gerechtfertigt.

Ich ersuche daher, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Danke, wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um die Bebauungsplanänderung „Stein“ Nr. 3 - Aufhebung.

Es ergeht der Antrag des Bauausschusses an den Gemeinderat.

9) BauGru-41/99

Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 - „Stein“ - Änderung Nr. 3 - Aufhebung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Änderung des Bebauungsplanes Nr. 47 - „Stein“ - Änderung Nr. 3 - Aufhebung wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 15. Dezember 1999 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 11. Dezember 2000 gemäß §§ 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGBl. Nr. 114/1993 idgG., beschlossen.

Ich ersuche dem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10) BauGru-46/98

Bebauungsplanänderung Nr. 5 „Christkindl“; Änderung Nr. 5

Antrag wird zurückgestellt.

Der Punkt 10) ist zurückgestellt worden, daher Punkt 11) bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

In diesem Tagesordnungspunkt geht es um die Kanalisation Steyrdorf, den sogenannten 4. Teil, mit dem zugehörigem Straßenbau und der Vergabe von zusätzlich erforderlichen Arbeiten. Im Zuge der Arbeiten ist festgestellt worden, dass der Unterbau der Straße nicht so ist, wie angenommen wurde. Das heißt, um eine bleibende Straßengestaltung machen zu können, die auf längere Sicht hält, ist es notwendig gewesen, auch den Unterbau Instand zu setzen und es sind auch zusätzliche Hauskanalanschlüsse nötig gewesen. Es hat daher eine Erhöhung der ursprünglichen Schätzung gegeben und zwar im Ausmaß von S 936.000,--.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

11) BauT-12/98

Kanalisation Steyrdorf, 4. Teil, mit zugehörigem Straßenbau; Vergabe von zusätzlich erforderlichen Arbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 28. Dezember 2000 wird der Vergabe der zusätzlich erforderlichen Arbeiten im Zuge des Kanalprojektes Steyrdorf, 4. Teil im Ausmaß von S 936.000,-- an die Fa. Ploier & Hörmann, Marchtrenk, zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 936.000,-- werden im Finanzjahr 2000 durch Kreditübertragung von der VSt. 5/612000/002260 „Gemeindestraßen, Straßenbau Wieserfeldplatz“ zur VSt. 5/851000/004280 „Kanalbau Steyrdorf - Wehrgraben“ finanziert und bei der VSt. 5/851000/004280 „Kanalbau Steyrdorf - Wehrgraben“ freigegeben.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 936.000,- - notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Wir ersuchen um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es hier eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wenn sie für den Antrag stimmen, dann ersuche ich sie um ein Zeichen. Jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich ebenfalls wieder auf den Wieserfeldplatz, auf die Oberflächengestaltung - Mariensäule, die jetzt während der Bauarbeiten für die Tiefgarage abgebaut wird und in diesem Zusammenhang auch restauriert wird.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

12) BauT-48/00

Wieserfeldplatz Oberflächengestaltung; Mariensäule; Restaurierung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau und FA Altstadterhaltung und Denkmalpflege vom 28. Dezember 2000 wird der Vergabe der Restaurierungsarbeiten an der Mariensäule/Wieserfeldplatz in Höhe von S 285.840,-- inkl. MWSt. an Herrn Mag. Josef Weninger, Weißenkirchen OÖ, zugestimmt.

Die Aufbringung der erforderlichen Mittel erfolgt im Finanzjahr 2000 durch Kreditübertragung von VSt. 5/612000/002260 „Gemeindestraßen, Straßenbau Wieserfeldplatz“ nach VSt. 5/362000/619000 „Denkmalpflege, Instandhaltung von Sonderanlagen“ in Höhe von S 286.000,--.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 286.000,- - notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Antrag geht es um die Kanalisation Banglmayrgründe. Diese Banglmayrgründe befinden sich im Ortsgebiet Gleink. Hier hat es von Seiten des Werbers, der Fam. Banglmayr, und der Stadt ein Aufschließungsübereinkommen gegeben, das vorgesehen hat, dass die Familie Banglmayr die Vorfinanzierung für diese Kanalisation macht. Wir haben die Vergabe der Mitteln auch bereits beschlossen, die Zahlung wäre jedoch erst im Jahr 2002 und 2003 vorgesehen. Jetzt ist die Fam. Banglmayr auf uns zugekommen und hat gesagt, sie ist nicht vorsteuerabzugsberechtigt und würde diesen Betrag verlieren. Sie hat uns im Gegenzug dafür angeboten, den entgangenen Zinsgewinn, den wir gehabt hätten, weil wir erst in einem bzw. zwei Jahren zahlen müssten - das heißt ungefähr S 190.000,-- in Abzug zu bringen und ersucht jetzt bereits die Zahlung vorzunehmen. Nachdem das für die Stadt wirtschaftlich von Vorteil ist, ersuche ich um Zustimmung, den Betrag von S 1.348.000,-- bereits jetzt als Vorgriff vorzunehmen. Er wird von der VSt. Kanal Ennsleite genommen, der Kanal Ennsleite wird damit nicht hinausgeschoben, es erfolgt im heurigen Jahr eine sehr umfangreiche Projektierung, wir hoffen auch, dass wir mit dem Bau Kanalisation Ennsleite bereits im Spätherbst beginnen können. Die ersten Zahlungen werden aber erst im nächsten Jahr fällig und es entsteht daher auch kein direkter Schaden.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

13) BauT-4/00

Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Kanalisation Banglmayrgründe; Antrag auf Änderung der Zahlungsbedingungen; Herstellung der Kanalisation.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Mit GR-Beschluss vom 29. 07. 2000 wurden die Bauarbeiten zur Herstellung der **Kanalisation Banglmayrgründe** an die Fa. Ilbau GmbH (nunmehr Fa. Strabag AG), 4021 Linz, Schatzdorferstraße 9, zum Preis von S 1.297.585,70 excl. MWSt. vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Jänner 2001 werden nunmehr die zum Kanalbau erforderlichen **Mitteln** - einschließlich des geprüften 1. Nachtragsangebotes (S 50.000,-- excl. MWSt.) in Höhe von gesamt **S 1.347.585,70** excl. MWSt. bei der VSt. 5/851000/004400 (Kanal Banglmayrgründe) wie folgt **freigegeben**:

Kreditübertragung von VSt.:

5/851000/004380

(Kanal Ennsleite)

S 1.000.000,--

5/851000/004000

(Ausbau weitere Kanäle)

S 348.000,--

Summe: S 1.348.000,--

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von S 1.348.000,-- excl. MWSt. notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Punkt geht es um die Errichtung eines Verbindungsweges Knoglergründe - Seifentruhe. Das ist jener Weg, der von der sogenannten Leinerkurve rauf zu den Knoglergründen geht, der nicht nur für die dortigen Bewohner einen Verbindungsweg darstellt, sondern auf dieser Trasse ist auch die Kanalisation. Das heißt, wir haben auf Ersuchen der dortigen Bewohner einen Verbindungsweg gemacht, der auch für die Erhaltung des Kanals notwendig ist. Es ergibt sich gegenüber des ursprünglichen Angebotes eine Erhöhung in der Höhe von S 57.314,--, die deswegen zustande kommt, weil es notwendig war Leistenstein zu setzen um das neben dem Weg befindliche Erdreich zu schützen, damit es bei starkem Regen nicht auf die Straße herauskommt. Bei starkem Regen haben wir ja leider Gottes den ganzen Lehm direkt am Weg gehabt und darum eine Erhöhung in diesem Ausmaß.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

14) BauT-10/98

Errichtung Verbindungsweg Knoglergründe B 122 (Seifentruhe) zu Kanalwartungszwecken; Auftragserhöhung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Jänner 2001 wird nach Endabrechnung der Erd-, Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für den Wartungs- und Verbindungsweg von der Bundesstraße 122 - Voralpenstraße/Leinerkurve bis zu den Knoglergründen einer nachträglichen Auftragserhöhung von S 450.000,-- excl. MWSt. auf **S 507.314,-- excl. MWSt.** an die **ARGE Fa. Zwettler** - Ilbau BaugesmbH (nunmehr Fa. **Strabag**), 4400 Steyr, Porschestraße 7, zugestimmt.

Die Begründung für die Erhöhung von S 57.314,-- excl. MWSt. ist im Amtsbericht näher ausgeführt.

Eine eigene Mittelfreigabe ist nicht erforderlich, da mit den im Kanalbau eingesparten und bereits freigegebenen Beträgen bei der VSt. 5/851000/004300 (Kanalbau Knoglergründe) eine ausreichende Bedeckung gegeben ist.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Beim nächsten Punkt geht es um die Errichtung Kanalisation Ennsdorf, und zwar um einen zusätzlichen Bereich in der Johannesgasse, das ist der Nebenkanal 1 - Pachergasse 3. Hier geht es um eine Erhöhung von S 399.000,-- excl. MWSt. Beim Ausbau dieses Kanals hat sich gezeigt, dass wir zusätzliche 30 m Kanal in der Johannesgasse ebenfalls neu machen müssen und gleichzeitig wurde natürlich auch die Oberflächen- und Gehsteiggestaltung, neu vorgenommen.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

15) BauT-18/00

Errichtung Kanalisation Ennsdorf; NK Johannesgasse 1/NK Pachergasse 3; zusätzliche Kanalbauarbeiten; Auftragserhöhung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 3. Jänner 2001 wird der **Auftragserweiterung** der **Kanalbauarbeiten** durch Verlängerung des NK Johannesgasse und der erforderlichen Oberflächenerneuerung als Folge des Kanalbaues an **die Fa. Erdbau Auinger**, A-3300 Stift Ardagger 300, von S 551.000,-- excl. MWSt. um S 399.000,-- excl. MWSt. auf **S 950.000,-- excl. MWSt.** zugestimmt.

Gleichzeitig wird dem 1. Austausch- bzw. Nachtragsangebot der Fa. Erdbau Auinger für im Uranbot nicht enthaltene Positionen in Höhe von S 164.661,80 excl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 399.000,-- excl. MWSt. werden bei der VSt. 5/851000/004390 (Abwasserbeseitigung Ennsdorf) im Wege einer Kreditübertragung in Höhe von S 52.000,-- excl. MWSt. von der VSt. 5/851000/004000 (Ausbau weiterer Kanäle) und in Höhe von S 347.000,-- excl. MWSt. von der VSt. 5/851000/004560 (Kanalbau

Goldhanstraße) bereitgestellt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt S 399.000,-- excl. MWSt. notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Herrn StR Mayrhofer für seine Berichterstattung und ersuche den Herrn Ing. Dietmar Spanring um seine Berichterstattung.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um die Mitgliedszahlung für den Reinhaltungsverband.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

16) Fin-247/00

Mitgliedsbeitrag für den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für das Finanzjahr 2001; Akontozahlungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 11. Dezember 2000 wird den vierteljährlichen Akontozahlungen in Höhe von S 4.202.900,-- (exkl. USt.), also insgesamt S 16.811.600,-- (exkl. USt.), an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung für den Mitgliedsbeitrag 2001 zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von S 16.811.600,-- (exkl. USt.) bei der VSt. 1/851000/754000 für das Rechnungsjahr 2001 genehmigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Punkt geht es um die Jahressubvention 2001 für das Museum Industrielle Arbeitswelt, die im Zuge der Budgetverhandlungen von S 995.000,-- auf S 1.500.000,-- angehoben und anlässlich der Budgetsitzung vom 14. 12. 2000 mehrheitlich beschlossen wurde.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

17) Fin-6/01

Museum Industrielle Arbeitswelt; Jahressubvention 2001

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 8. 1. 2001 wird dem Museum Industrielle Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch Frau Mag. Gabriele Heger, für 2001 eine Jahresförderung in Form einer einmaligen, nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von

ATS 1.500.000,--

(Schilling einmillionfünfhunderttausend)

gewährt.

Der genannte Betrag ist im Voranschlag 2001 auf der **VA 1/360000/757000** - Heimathaus Steyr, Subventionen Museum Arbeitswelt - vorgesehen. Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA Freigegeben.

Ich ersuche um diese Freigabe.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Museum Arbeitswelt - die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion hat in den vergangenen Jahren zur Jahressubvention in Höhe von S 950.000,-- immer die Zustimmung erteilt. Strittig war hingegen immer, von einer Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen, auch die dann in der Folge gewährte Projektförderung. Insbesondere hat sich unsere Kritik dann bewahrheitet, dass diese Projektförderung in den letzten 2 Jahren nicht in die Projekte hineingegangen ist, sondern in die Renovierung des Hauses. Zugeben muss ich allerdings, dass die Renovierung natürlich vorzüglich gelungen ist, mit viel Geld kann man auch etwas Schönes machen. Also ich möchte nicht sagen, dass es mir dort unten nicht gefällt, aber das wirtschaftliche Denken ist im Museum Arbeitswelt nicht sehr ausgeprägt. Das haben wir auch in einer außerordentlichen Sitzung des Kulturausschusses, ich glaube es war im Jahre 1993, einmal feststellen können und wir haben damals Einsparungsvorschläge von Seiten der Geschäftsführung eingefordert. Der einzige Vorschlag der damals kam war eben, dass man Samstag, Sonntag das Museum zusperrt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Subvention von S 950.000,-- wird auf S 1.500.000,-- angehoben. Diese Subventionierung war nicht im Kulturausschuss, es gibt im gesamten Akt keine nachvollziehbare Begründung. In diesem Akt ist nicht einmal der Antrag vom Museum Arbeitswelt enthalten, er war auch nicht auf Anforderung zu bekommen. Das heißt, jeder Gemeinderat, der seine Verantwortung ernst nimmt, kann aus diesem formalen Grund diesem Antrag schon einmal nicht die Zustimmung geben. Eine Erhöhung um S 550.000,--, ca. ein Drittel, ist zwar im Budget 2001 vorgesehen, aber wenn man jetzt argumentiert, alle im Budget vorgesehenen Mittel brauchen dann nicht mehr diskutiert und keinem Ausschuss zugeführt werden, dann machen wir es ganz einfach, wenn das für alles Gültigkeit hätte, dann treffen wir uns einmal

im Dezember zur Budgetsitzung und dann hat sich die Geschichte. Dann werden alle anderen Ausschüsse eben abgesagt.

Ich bin schon gespannt, was heute hier geantwortet wird, warum hier eine nicht nachvollziehbare Erhöhung dem Gemeinderat vorgelegt wird und welches Abstimmungsergebnis dann heute herauskommt. Unsere Fraktion wird sich der Stimme enthalten, wir haben die Jahressubvention von S 950.000,--immer außer Streit gestellt, aber nicht diese nicht nachvollziehbare Erhöhung auf 1,5 Mio. Schilling. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Frau Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich kann mich absolut nicht daran erinnern, dass die Erhöhung um 60 % in irgendeinem Kulturausschuss besprochen worden wäre, weder vor noch nach den Budgetverhandlungen. Ich weiß nicht, ob der Herr Vorsitzende das vielleicht auch nicht weiß, keine Ahnung. Im Amtsbericht steht nun, dass diese Erhöhung im Einvernehmen mit dem stadträtlichen Kulturreferenten zur Auszahlung zu kommen hat. Jetzt frage ich mich, macht der Kulturreferent Subventionen im Alleingang, fällt er im Alleingang die Entscheidungen? Vor dem Kulturausschuss ist es jedenfalls nicht passiert, dass dort irgendwelche Entscheidungen, oder nur Anfragen gewesen wären. Wenn das so ist, dann kann man ja wiederum einmal die Existenz und die Sinnhaftigkeit dieses Kulturausschusses in Frage stellen. Darüber hinaus entnehme ich dem Amtsbericht, dass die Geschäftsführung des Museum Arbeitswelt einen Antrag um die Förderung gestellt hat. Im Akt ist aber keiner. Jetzt frage ich sie, was ist jetzt richtig? Wer lügt jetzt, oder wer lügt jetzt nicht? Entweder ist kein Ansuchen da, weil es ja nicht im Akt ist, dann ist der Amtsbericht falsch. Wenn aber ein Ansuchen da ist, wo ist es dann? Wurde es und warum wurde es aus dem Akt entfernt? Oder ist so ein Ansuchen so ein Geheimnis, oder ist es so unverschämt, dass man es entfernen muss, oder geniert man sich einfach, dieses irgendwo herzuzeigen. Außerdem hätte ich schon gerne eine Begründung gewusst, wofür diese eklatante Erhöhung überhaupt sein soll, 60 % sind ja nicht ohne. Es ist meines Erachtens doch ein Ansinnen, dass man Erhöhungen um 60 % nicht ganz einfach nur so von heute auf morgen genehmigt bekommt, das ist ja immerhin ein beträchtlicher Betrag, den man nicht einfach von der Hand weisen kann. Immerhin haben auch die Mitglieder des Kulturausschusses und auch die Mitglieder des Gemeinderates das Recht zu erfahren, warum eine solche Erhöhung passieren soll. Diese Erhöhung trifft ja schließlich auch den Steuerzahler.

Ich bitte um Aufklärung und Argumentation, wodurch eine 60 %ige Erhöhung gerechtfertigt ist und ich vermisse in diesem Zusammenhang auch eine Kostenaufstellung, einen Rechnungsabschluss, einen Tätigkeitsbericht, von dem man im Kulturausschuss noch nie ein Wort gehört hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich unser Bürgermeister, ich erteile es ihm.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Reznar, ich möchte ihrem Informationsbedürfnis ein bisschen entsprechen. Offensichtlich funktioniert die Kommunikation innerhalb der Fraktion auch nicht so ausreichend, wie das sein sollte. Geheimnisvoll ist an dieser Subventionserhöhung nichts,

sondern ich habe bereits frühzeitig im Stadtsenat, in dem immerhin 2 Mitglieder ihrer Fraktion sitzen, darauf hingewiesen, dass wir uns im Hinblick auf das Museum darauf einstellen müssen, Erhöhungen ins Auge zu fassen. Der ursprüngliche Auslöser für diese Erhöhungsnotwendigkeit, die uns ja nicht nur Freude bereitet, aber notwendig war, liegt nämlich darin, dass hier unsere geschätzte Bundesregierung die Subventionen für das Museum Arbeitswelt gekürzt hat und zwar drastisch um 2 Mio. Schilling. Das habe ich aber schon frühzeitig im Stadtsenat kundgetan. Ich muss sagen, es tut mir deswegen besonders weh, weil ich mich seinerzeit persönlich mit allen oberösterreichischen Abgeordneten bemüht habe, auch jenen der Freiheitlichen Fraktion, nämlich überhaupt eine Bundesförderung für das Museum Arbeitswelt zu erwirken. Es haben sich damals dankenswerterweise alle Fraktionen für diese Förderung eingesetzt und die ist jetzt auch jahrelang bezahlt worden. Wir haben über dieses Museum ja schon hundert Mal geredet, es gibt offensichtlich unterschiedliche Beweggründe, warum man das so oder so debattiert, das ist mir auch geläufig, aber wir haben ungefähr S 950.000,-- laufende Subvention gegeben und das Budget des Museum Arbeitswelt war ungefähr bei 11 Mio. Schilling. Ich weiß nicht, was es jetzt im Moment konkret ist. Ich weiß nur, dass die Kürzung 2 Mio. Schilling beträgt, dass das Museum Arbeitswelt im Sommer vergangenen Jahres gezwungen war, das bekommt ihr anscheinend auch nicht mit, 3 Leute zu kündigen und hier massive Sparmaßnahmen vorzunehmen und dass der Vorsitzende dieses Vereines, das ist nämlich ein Verein, der Herr LR Ackerl, der dankenswerterweise bei dem Verein in Steyr Vorsitzender ist, was er ja nicht müsste, weil man ihn ja nicht zwingen kann, dass er den Vereinsobmann macht, mir gesagt hat, wenn die Stadt jetzt nicht stärker unterstützt, ist er nicht in der Lage den dortigen Betrieb aufrecht zu erhalten. Das haben wir im ganzen Herbst gewusst, daher haben wir in das Budget der Stadt Steyr eine Aufstockung von S 950.000,-- auf 1,5 Mio. Schilling vorgenommen. In den Budgetverhandlungen ist das auch zur Debatte gestanden, alle Fraktionen waren darüber bestens informiert, alle hatten hier diesen Budgetansatz in Händen. Der ist auch nicht im Nachhinein durch einen Abänderungsantrag verändert worden. Also meiner Meinung nach, gibt es da überhaupt kein Geheimnis. Außerdem, was soll da schon im Kulturausschuss beraten werden? Da kann höchstens darüber berichtet werden. Wenn sie im Kulturausschuss irgendwelche näheren Details über das Museum Arbeitswelt wissen wollen, wird das kein Problem sein, dass man diese Informationen beschafft, aber beraten ob dort eine Erhöhung unbedingt notwendig ist, das ist nicht unbedingt erforderlich, da muss es viele andere Möglichkeiten geben, sich mit kulturellen Ereignissen, Förderungswünschen etc. im Kulturausschuss zu beschäftigen, wenn das ohnehin in den Budgetverhandlungen schon niedergelegt wurde, dass das stattfinden wird. Oder wollen sie vielleicht das Museum Arbeitswelt zusperren? Gehen sie einmal auf den Feuerwehrball und schauen sie, welche Freude die Leute dort mit dem Haus haben und wie viele Veranstaltungen dort stattfinden. Es geht uns mit der Bundesregierung leider an vielen Ecken und Enden so, letzthin hat uns die Nachricht erreicht, dass die europäischen Wissenschaftstage in Steyr, eine Veranstaltung, die wir auf die Welt gebracht haben und wo die österreichische Bundesregierung 3 Mio. Schilling dafür bereit war zu zahlen, dass sie diesen Betrag von 3 Mio. Schilling jetzt gekürzt haben auf 1 Mio. Schilling. Das Land Oberösterreich bleibt zum Glück dabei, ihre 2 Mio. Schilling, die vereinbart waren, weiterhin zu zahlen. Wir können jetzt nicht kürzen, wir müssen unsere Million weiterhin auf den Tisch des Hauses legen, oder wir sind diese Veranstaltung los. Wenn wir also nicht bereit sind, so einen lebendigen Kulturplatz, wo über 160 Veranstaltungen im Jahr stattfinden, mit 1,5 Mio. Schilling zu fördern, was ungefähr 10 % des dortigen Budgets ist, dann müssen wir damit rechnen, dass der Laden dicht gemacht wird. Da möchte ich aber nicht dabei sein. Also, auf diese Art und Weise lässt sich aufklären, warum es zu dieser Erhöhung im Budget 2001 gekommen ist. Die Debatte im nächsten Jahr können wir uns auch gleich ersparen, es wird auch nicht sein, dass wir wieder auf S 950.000,-- zurückgehen. Wir werden eben laufend, aufgrund der Sparmaßnahmen der Bundesregierung, uns wichtig erscheinende Projekte, Häuser oder laufende Veranstaltungen in Steyr zu finanzieren haben. Das wird eben eine politische Debatte sein, ob wir das tun wollen oder nicht. Wenn sie das nicht tun wollen, dann wird das sehr

interessant für die Steyrer sein, dass ihr den Laden vielleicht nicht am Leben erhalten wollt.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Bitte, wo ist aber dann das Ansuchen?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ihr könnt ja eh dagegen stimmen, das ist ja ganz logisch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Vizebürgermeister Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, also das kann man natürlich nicht im Raum stehen lassen. Ihre Wortwahl ist in der letzten Zeit also schon mehr als bedenklich, wenn sie sagen, das bekommt ihr anscheinend auch nicht mit. Ich muss mich langsam schon dagegen verwehren, wenn man einfach nachvollziehbare Unterlagen einfordert, und das ist die Verpflichtung jedes Gemeinderates, dass er die Unterlagen, die er für seine Entscheidungsgrundlagen braucht, dass er die auch bekommt. Und das hat hier gefehlt, es lag ja nicht einmal das Ansuchen drinnen, geschweige denn ein Finanzplan oder Wirtschaftsplan des Vereines und das haben wir in den vergangenen Jahren immer gehabt und auch immer in den Ausschüssen beraten, auch wenn wir es dann einstimmig beschlossen haben. Aber das wollen sie ja anscheinend nicht. Es ist richtig, sie haben es mitgeteilt, aber das kann ich jetzt glauben oder auch nicht, dass 3 Leute deswegen entlassen werden mussten, weil die Bundesregierung 2 Mio. Schilling nicht bezahlt hat. Ich weiß es nicht, bitte schön zeigen sie mir es, dann können wir darüber reden, wenn das gerechtfertigt ist, dann werden wir vielleicht einer Zustimmung näher treten. Aber jetzt zu unterstellen und zu sagen, ihr könnt eh dagegen stimmen, weil man das vielleicht aus politischen Gründen haben will, weil man sich absetzen will, dann ...

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich könnt auch dafür stimmen, das ist mir eh lieber.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich halte es dann wirklich für sehr, sehr bedenklich, wenn man Akten weiterhin so beschönigt, dass da nur mehr 3 kodierte Zettel drinnen sind über den Amtsbericht. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

An sich wurde das meiste ja schon gesagt und die Gegebenheit der einzelnen Beratungsgremien, die in diesem Haus tätig sind, heben einander nicht auf. Aber eines ist schon klar festzuhalten, wenn ein Beratungsgremium, das das Budget berät und mit den Spitzen der Fraktionen besetzt ist, zu dem Entschluss kommt, in das Budget für eine laufende Subvention eine entsprechende Erhöhung einzubringen, dann ist das für mich ein obergeordnetes Gremium und kann diesem Budgetansatz durchaus auch entsprechend

folgen. Das Budget besteht ja aus zugewiesenen Einzelsubventionen mit Titel und Namen versehen, die auf der einen Seite genau zugeordnet sind und auf der anderen Seite aus einem Sammelsubventionstopf, der durch die verschiedenen Vergabegremien, wie unter anderem dann auch der Kulturausschuss, nach entsprechenden Ansuchen, die im Laufe des Jahres hereinkommen, beraten und gegebenenfalls nach den Möglichkeiten entsprechende Mittel zuweisen. Damit denke ich, kann man die Notwendigkeit der verschiedenen Ausschüsse durchaus klar darstellen. Betreffend dem, vorher oder nachher etwas zu tun, denke ich, dass hier das alte Sprichwort „wer schnell hilft, hilft doppelt“ seine wirkliche Berechtigung hat und ich ersuche um Zustimmung für die Jahressubvention an das Museum Arbeitswelt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. 27 (SPÖ, ÖVP, GAL, LIF). Wer ist dagegen? 1 (FPÖ GR Payrleithner). Wer übt Stimmenthaltung? 8 (FPÖ). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, Antrag Nr. 18) bitte.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Hier geht es um die Subvention für den Kultur- und Theaterverein AKKU, die wir ja im Zuge der letzten Gemeinderatssitzungen behandelt haben und auch im Rahmen dieser Gemeinderatssitzung an das neue Jahr verwiesen haben. Daher möchte ich den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat vorbringen.

18) Fin-211/00

Kultur- und Theaterverein AKKU; Subvention 2001

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 2. 1. 2001 wird dem Kultur- und Theaterverein AKKU, Färbergasse 5, 4400 Steyr, eine Förderung für das Jahr 2001 in der Höhe von

ATS 350.000,--

(Schilling dreihundertfünfzigtausend)

gewährt.

Der genannte Betrag findet seine Deckung bei der VA 1/300000/757000 und wird aus dieser freigegeben.

Ich ersuche um diese Freigabe.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, der Antrag steht zur Debatte. Keine Wortmeldung? Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

GR Roswitha Großalber verlässt um 16.07 Uhr die Sitzung.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In diesem Antrag geht es um die Aufwandsentschädigung für Außentrauungen.

Es ergeht daher der Antrag des Personalbeirates an den Gemeinderat.

19) Präs-769/00

Aufwandsentschädigung für Außentrauungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der FA für Personalverwaltung vom 4. Dezember 2000 wird den StandesbeamtInnen und den Hilfskräften (Empfangsdamen) für die Mehraufwendungen anlässlich von externen Trauungen eine Aufwandsentschädigung pro Anlassfall im Ausmaß von 65 v. H. bzw. 35 v. H. von jenem Betrag gewährt, der sich aufgrund des im § 3 Z. 4 OÖ Landes-Kommissionsgebührenverordnung 1998 angeführten Betrages abzüglich 22 % (dzt. Dienstgeberbeitrag) ergibt.

Die Auszahlung hat ab 1. 1. 2001, nach Durchführung der tatsächlichen Außentrauung und der damit verbundenen Vorlage der Bestätigung über den Erhalt der Kommissionsgebühr, zu erfolgen.

Die Darstellung des Amtsberichtes wird zum Beschluss erhoben.

Ich ersuche um diese Beschlusserhebung.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Muss die Kollegin Großalber jetzt auch Unterwassertrauungen durchführen? Weil dann ist das zuwenig.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Lieber Freund, in der Enns, in der Steyr, oder in der Schwimmschule?

Wünscht jemand das Wort zu den Außentrauungen? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmig beschlossen.

Ich danke dem Kollegen Spanring.

GR Roswitha Großalber kommt um 16.10 Uhr wieder in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen nun zum mit Dringlichkeit eingebrachten Antrag, dem die Dringlichkeit zuerkannt wurde - Resolution betreffs Bahnhof.

Ich ersuche um Debatte. Wer wünscht das Wort? Herr Kollege Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte den Dringlichkeitsantrag, der mittlerweile eh jedem vorliegt, zur Kenntnis bringen und dann auch um die Zustimmung ersuchen. Aufgrund der aktuellen Diskussion, die stattfindet, dass im ÖBB-Budget Streichungen sein sollen, bzw. Projekte, die dringend notwendig sind, wieder zusammengeschnitten werden sollen, und hier auch der Bahnhof Steyr als Opfer dieser Streichungen sein soll, glaube ich, ist es wichtig, sinnvoll und notwendig, hier seitens der Stadt darauf zu reagieren. Ich möchte nun die Resolution vorlesen.

DRINGLICHKEITSANTRAG

zur Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am 18. 01. 2001

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse stellen die unterfertigten Gemeinderatsmandatäre folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION

an den Generaldirektor der ÖBB; Herrn DI Dr. Helmut Draxler und an die Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, DI Dr. Monika Forstinger.

Verschiedene Medienberichte der letzten Tage geben verstärkt Anlass zur Sorge dahingehend, dass der geplante Umbau des Steyrer Bahnhofes akut gefährdet sei.

In der Vergangenheit existierten bereits verbindliche Zusagen, sowohl seitens des Verkehrsministeriums als auch der ÖBB, mit der Renovierung des bereits äußerst desolaten und für die Kunden unattraktiven Steyrer Bahnhofes im Jahr 2002 zu beginnen.

Nunmehr ist jedoch verschiedenen Medienberichten zu entnehmen, dass die neue Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, DI Dr. Monika Forstinger, mit der ÖBB-Spitze mit der Zielsetzung in weitere Gespräche eingetreten ist, von der Realisierung zahlreicher bereits zugesagter und konkret beabsichtigter Bahnhofsrenovierungen vorderhand Abstand zu nehmen. Zu diesen Bahnhöfen, deren Adaptierung auf einen zeitgemäßen Standard zwar unbedingt notwendig wäre, die jedoch dem Vernehmen nach von der Umbau- und Erneuerungsliste künftig gestrichen werden sollen, zählt auch der in der Statutarstadt Steyr gelegene ÖBB-Bahnhof.

Aus der Sicht der Stadt Steyr ist eine weitere Verzögerung des Umbaus und der Renovierung des Steyrer Bahnhofes absolut unakzeptabel, da sich die Stadt gerade in den letzten Jahren sehr erfolgreich um die Fertigstellung der Bahnhofsüberbauung und des neuen innerstädtischen Busterminals bemüht hat und dafür auch erhebliche finanzielle Mittel aufwenden musste. Jetzt steht lediglich das Bahnhofsgebäude als Relikt des vorvorigen Jahrhunderts mit einem für die Bahnkunden keineswegs mehr zeitgemäßen Standard dazwischen. Um die gesamte Erneuerung des Bahnhofsareals nicht zu einem unvollendeten Flick- und Stückwerk verkommen zu lassen, drängt daher der Gemeinderat der Stadt Steyr nachhaltig auf eine Umsetzung der bereits zugesagten Renovierung des Bahnhofsgebäudes.

Die Steyrer Bevölkerung war lange genug geduldig, jetzt darf nicht die Renovierung und damit Fertigstellung des Steyrer Gesamt-Bahnhofs und Nahverkehrskonzeptes an - im Vergleich zu den bereits aufgewendeten - einem relativ geringen Betrag von rund 20 Millionen Schilling scheitern.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr protestiert daher gegen die Absicht, die zugesagte Renovierung des Steyrer Bahnhofsgebäudes nicht zu realisieren und fordert die ÖBB und die zuständige Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, DI Dr. Monika Forstinger, auf, die Renovierung des Steyrer Bahnhofsgebäudes - wie geplant mit Baubeginn 2002 - in die Realität umzusetzen.

Es freut mich, dass dieser Antrag, diese Resolution von allen Fraktionen unterstützt ist und ich ersuche, dieser Resolution auch die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr, weitere Wortmeldungen. Hans Payrleithner, bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch unsere Fraktion war sehr überrascht von dieser Vorgangsweise. Als wir den Medien entnehmen mussten, dass z. B. Bahnhöfe wie Bad Ischl zwar saniert werden und im Programm drinnen sind, Steyr aber vollkommen unverständlich und für uns auch sehr überfallsartig aus der Liste von den zu sanierenden Bahnhöfen herausgenommen wurde. Der Fraktionsobmann der sozialdemokratischen Fraktion hat es ja schon erwähnt, auch vor dem Hintergrund der großen Investitionen, die wir in letzter Zeit dort getätigt haben, wäre es absolut notwendig, diesen Schandfleck aus den 60er Jahren zu sanieren. Das muss man korrigierenderweise sagen, Herr Bürgermeister, du hast nämlich heute gesagt, dass das ein Relikt aus dem vorigen Jahrhundert ist, da muss man sagen, wenn dem so wäre, dann müssten wir den Herrn Dr. Kaiser dort hin schicken, dass er den erhaltet und restauriert. Das war nämlich ein durchaus anschaulicher Bahnhof, ein Pendant zum Steyrtalbahnhof, hat genauso ausgesehen wie der Steyrtalbahnhof, ein typischer Bahnhof aus der K&K Zeit und würde uns wahrscheinlich heute erfreuen, wenn er noch so wäre. Das ist eine typische Bausünde, eine typische Bauweise von Ende der 50er- Anfang der 60er Jahre, wie er das letzte Mal saniert wurde. Wie er jetzt aussieht, passt er überhaupt nicht mehr dazu, auch vor dem Hintergrund des Hessenplatzes, den Aktivitäten, die wir dort auch noch setzen wollen und auch im Zusammenhang mit der Verkehrsdrehscheibe und man kann wirklich nur hoffen, dass diese Resolution nicht nur Makulatur ist, sondern auch dazu führt, dass man die Verhandlungen wieder aufnimmt. Wie man den Medien entnehmen hat können, sind ja auch andere bereits stark unterwegs, um hier noch Forderungen zu stellen. Auch das Bundesbauamt Kärnten stellt bekannterweise diesbezüglich große Forderungen und vielleicht bringt es noch etwas. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Frau Kollegin Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Die Resolutionen zum Thema öffentlicher Verkehr, sprich vor allem Bahnverkehr, häufen sich ja im Gemeinderat. Wir haben erst in der letzten Sitzung eine Resolution gehabt, die verhindern soll, dass es tatsächlich dazu kommt, dass St. Valentin als Intercityverbindung

aufgelassen wird, womit es natürlich den Steyrern und den Leuten aus dem Umkreis in Zukunft schwerer möglich sein wird, nach Linz zu gelangen, bzw. von Linz nach Steyr. In der heutigen Resolution, die jeder von uns selbstverständlich unterstützen wird, geht es eher um den Bereich der Hardware, um den Bahnhof, was sicherlich sehr, sehr wichtig ist. Ich mache mir derzeit aber viel mehr Sorgen um den Bereich der Software, sprich um die Linienverbindungen, wenn ich mir - als jemand der doch relativ häufig mit der Bahn fährt - anschau, was so passiert. Wir haben hier herinnen, aufgrund der damals einstimmigen Resolution erreicht, dass es wieder diese Tagesrandverbindung gibt, nämlich dass es einen Bus zwischen St. Valentin und Steyr gibt, der um 23.30 Uhr von St. Valentin abfährt und wodurch man damit auch wieder eine Randverbindung hat. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die ÖBB nämlich eine Zugsverbindung eingestellt und der letzte Zug geht dann um 21.49 Uhr von Linz weg. Später war es nicht möglich. Jetzt gibt es den Bus wieder, aber ich muss ihnen leider sagen, dass er schlichtweg totgeschwiegen wird, er wird von der ÖBB nicht einmal beworben. Warum ich das hier zum Thema mache, weil ich auch die Medienvertreter und auch in Richtung Amtsblatt bitten möchte, diese Verbindung hier verstärkt zu bewerben. Ich wollte nämlich einmal selbst mit diesem Bus fahren, alleine es ging nicht. Ich bin dann von St. Valentin mit einigen Leuten mit dem Taxi nach Steyr gefahren und zwar deshalb, weil ganz zu Beginn, wie er im November eingeführt worden ist, hat man ganz einfach vergessen, die Fahrgäste zu informieren, dass der Bus wo anders abfährt, was dazu geführt hat, dass die Auskunft gesagt hat, er fährt vom Bahnhofsvorplatz weg, wenn man dann aber tatsächlich dort gestanden ist, hat man dann merken müssen, er fährt am Park-and-ride-Parkplatz weg, genau auf der anderen Seite. Wir haben das dann der ÖBB geschrieben, denn es kann nicht der Sinn sein, dass man dann mit dem Taxi von St. Valentin nach Steyr fährt. Nach mehr als einem Monat ist jetzt die Antwort gekommen, es tut ihnen Leid, es war ihrerseits ein Irrtum, man hat sich kurzfristig einfach entschieden, vom Bahnhofsvorplatz wegzugehen und zum Park-and-ride-Parkplatz hinzugehen, hat aber nicht einmal die eigene Auskunft darüber informiert. Man hat auch die Leute, die bei den Schaltern sitzen, nicht darüber informiert. Das heißt, auch die haben unbewusst diesbezüglich eine falsche Information gegeben. Gestern habe ich wieder bei der Auskunft angerufen, nachdem ich jetzt das Entschuldigungsschreiben der ÖBB bekommen habe, wie es denn aussieht, wo fährt dieser Bus weg. Worauf mir mitgeteilt worden ist, da gibt es gar keinen Bus. Ich habe gefragt, ob sie sich da sicher sind, dass da kein Bus fährt. Nein, der letzte Zug von Linz, 21.49 Uhr, später kommen sie nicht mehr nach Steyr. Es kann nicht sein, dass es den Bus seit gestern nicht mehr gibt, weil es gibt einen Probezeitraum bis 30. Juni. Nur ist Faktum das, dass es seitens der ÖBB nicht beworben wird. Der VCÖ, ein privater Verein, und das muss man sich einmal vorstellen, der Verkehrsclub Österreich ist ein privater Verein, die sind jetzt die, die diesen Bus bewerben, die haben Flugblätter gemacht, die verteilen diese Flugblätter am Bahnhof. Was glauben sie, was die ÖBB zu einem dieser wirklich liebenswerten Menschen, die sich herstellen und das machen, gesagt hat?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schön langsam bitte wieder zum Antrag zurückkehren.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Schön langsam komme ich zum Ende, aber ich denke mir, dass es wichtig ist, das hier herinnen auch zu thematisieren, denn wenn keine Züge mehr fahren und keine Busverbindungen mehr da sind, dann brauchen wir auch keinen Bahnhof mehr. Darum denke ich mir, ist das sehr, sehr wichtig. Was ist, die ÖBB haben denen sogar untersagt, diese Informationen über den Bus, durch die Züge zu tragen. Da geht ein Privater her, macht sogar extra ein Werbeflugblatt, wo er diesen Bus bewirbt und die ÖBB sagt, das dürft ihr bei uns nicht einmal verteilen. Ich würde sie wirklich bitten, in Richtung Amtsblatt und Medienvertreter, diese Verbindung zu bewerben, weil der Probetrieb ist bis 30. Juni und wenn diesen Bus niemand nutzen wird, weil er nicht weiß, dass es ihn gibt, dann wird man

ihn wieder einstellen. Dann sind wir wieder dort, wo wir schon einmal vor unserer Resolution waren. Deshalb bitte ich sie um diese Unterstützung. Es tut mir Leid, wenn es nicht ganz zum Thema war, aber es ist im Endeffekt doch zum Thema.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aktuelle Stunde. In der aktuellen Stunde hätten sie das sagen können, aber nicht fünfmal so lang über etwas anderes reden, das ist ja unglaublich.

Wer wünscht noch das Wort? Keine weitere Wortmeldung, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag, Resolution für Bahnhof Steyr, zustimmt, den ersuche ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Ich tue kund, dass wir heute beschlossen haben, S 28.849.100,-- auszugeben.

Wir kommen jetzt zur aktuellen Stunde. SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ? Bitte Herr Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich werde heute ganz was anderes zur Sprache bringen als ein politisches Thema, weil es mir am Herzen liegt, aus meiner fachlichen Sicht etwas zu einer Versachlichung des BSE Themas beizutragen und eine Information an sie als Meinungsbildner weiter zu geben und auch an die Presse, als meinungsbildend tätig zu werden. Ich werde mich möglichst kurz und einfach fassen. Man muss 2 Erkrankungen auseinander halten. Das eine ist das BSE beim Rind und das andere ist die Creutzfeld-Jakob-Erkrankung beim Menschen. Beide schauen klinisch ähnlich aus. Sie schauen aus, man hat eine löchrige Gehirnerweichung, wenn man das so umschreiben darf. BSE ist eine Abkürzung und heißt bovine spungiforme Enzephalitis, also auf deutsch gesagt, die löchrige Hirnentzündung beim Rind. Ursprünglich gab es diese Erkrankung nicht. Bis vor wenigen Jahren, ca. 20 Jahren, war diese Erkrankung beim Rind nicht bekannt, sondern es war als Form der Scrapie-Erkrankung lediglich beim kleinen Wiederkäuer, beim Schaf und bei der Ziege bekannt. So, jetzt ist auch hier eine Laune der Natur, dass eben auch dieselbe Art mit dieser Erkrankung auch konfrontiert wurde, auf einem sehr eigentümlichen Weg. Wir wissen, dass der Verursacher für das BSE, für Scrapie, ein sogenanntes Prion ist. Das ist ein infektiöses Agens, das ist kleiner als ein Virus. Beim Menschen weiß man die Ursache für diese Creutzfeld-Jakob-Erkrankung noch nicht. Das ist auch wichtig, es ist in keinem einzigen Fall bis jetzt nachgewiesen, dass überhaupt eine Verbindung zwischen den beiden besteht, es schaut nur so ähnlich aus. Es ist lediglich statistisch nachgewiesen, dass hier möglicherweise eine Verbindung, eine möglicherweise Infektion besteht. Aber warum kann die bestehen? Diese infektiösen Mittel, diese Prione kommen im Hirn und im Rückenmark vor, beim Schaf. Wie ich damals, 1985 das Physikat gemacht habe, hat unser Professor, ein sehr, sehr honoriger Universitätsprofessor, er war sogar einmal hier in Steyr, in diesem Raum, vor einigen Jahren, bei einer Lebensmitteltagung, der Professor Psota, hat uns damals 1985 gesagt, die

Engländer, die Sauhund, die verbrennen tote Schafe, die an der Scrapie-Erkrankung gestorben sind, sterilisieren sie nicht ausreichend, machen dazu Tierkörpermehl und verfüttern tierisches Eiweiß an die Pflanzenfresser. Drei Dinge hat er den Engländern damals 1985 vorgeworfen, ich habe es noch im Kopf, wie wenn es heute wäre und er hat dazu auch gesagt, das wird uns einmal alles auf den Kopf fallen. Ich möchte jetzt nicht weiter auf die politischen Ursachen bei der EU eingehen, weil meine Meinung ist, dass die EU hier kläglich versagt hat. Es hätten hier schon längst europaweite Maßnahmen gemacht werden sollen. Aber ich möchte sie insofern beruhigen, es gibt keinen Hinweis, dass Rindfleisch irgendwie infektiös wäre. Ich würde natürlich auch heute aus dieser Sicht nicht jeden Tag Kalbshirn mit Ei essen, das würde ich nicht mehr tun. Aber im Muskelfleisch, auch wenn das Rind auf den Menschen infektiös wäre, ist absolut keine Gefahr drinnen. Das was jetzt in den Medien gemacht wird, ist fachlich einfach nicht nachzuvollziehen und es tut jedem, der ein bisschen was davon versteht, jeden Tag weh, wenn man das lesen muss, was für ein Unsinn verzapft wird. Wir leben ja in einer Zeit, wo dieses Tierkörpermehl fast in jedem Medikament, in jeder Gelatine kapsel drinnen ist. Das heißt, wir können uns vor einem tierischen Eiweiß sowieso nicht komplett schützen, das geht nicht. Das was jetzt auf uns zukommt, wenn wir anfangen, hunderttausende Rinder einfach so auf Verdacht hin umzubringen, das ist auch ein Verbrechen an der Ethik. Ich hoffe, es fällt uns da auch einmal etwas besseres ein, als die einfach umzubringen, denn man kann sich nicht schützen. Es zeigt auch - und da liegt auch das Problem dabei - dass bei all diesen Futtermitteln, die in Frage gestellt werden, die immer noch für Pflanzenfresser verabreicht werden, immer noch Restbestände von tierischem Eiweiß enthalten sind. Ich ersuche sie, haben sie keine Angst, machen sie weiterhin Werbung für unser gutes österreichisches Rindfleisch. Das Thema ist wirklich viel zu ernst, als dass man hier sagt, weg zum ungesünderen Schweinefleisch, weg zum hochgefütterten Geflügel, weil da kommen wir vom Regen in die Traufe, obwohl das Geflügel natürlich ein sehr hochwertiges gutes Eiweiß ist. Ich hätte z. B. überhaupt kein Problem damit, dazu stehe ich im Gegensatz zu meinem Kollegen, Gesundheitsminister Herbert Haupt, den ich aus Studienzeiten sehr, sehr gut kenne und der ein sehr gescheiter Mensch ist, der aber jetzt sagt, es wird ein generelles Verbot von Tierkörpermehlfütterung geben. Ich wäre nicht der Meinung, ich würde das nicht für notwendig erachten, weil eben das Tierkörpermehl eine sehr hochwertige Eiweißquelle ist, wenn es wie in Österreich gut gemacht wird, für das Geflügel oder das Schwein, wäre das bedenkenlos einsetzbar. Ich bin sehr froh, dass wir hier auch meinungsbildend tätig werden können. Ein Verwandter vom Hans Payrleithner ist Universitätsprofessor in Wien, der Herr Prof. Walter Schuller, der ist der oberste Chef der Bundesanstalt für Viruseuchenbekämpfung und es ist mir gelungen, dass er am 14. Februar zu einem Vortrag bei uns im Lions-Club kommt und dass er hier seine Sicht auch darstellt. Wenn jemand Interesse daran hat, bin ich gerne bereit, dass wir auch einzelne Mitglieder des Gemeinderates dazu einladen. Ich danke schön.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Das war sehr interessant, ich kann mich überhaupt nicht erinnern, dass mich was einmal so interessiert hat, was sie erzählt haben.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich glaube, zu dem Thema können wir schwer etwas besseres dazu sagen.

Aber die nächste Frage ist, ob die ÖVP ein Thema anzusprechen wünscht?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Dann fragen wir unsere Grünen?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Kollegin Frech bitte?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, einmal früher heimgehen!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Einmal früher heimgehen, super. Danke für die Mitwirkung, die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 16.30 UHR.

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Beatrix Toman eh.

GR Walter Oppl eh.